

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/113

Bad Godesberg, den 19. Juni 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Am ersten Etappenziel der Großen Koalition</u> Gedanken zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1967 Von Joachim Raffert, MdB	56
2	<u>Das Gespräch bleibt auf der Tagesordnung</u> Zum Briefwechsel Kiesinger-Stoph	29
3 - 4	<u>Immer noch auf der Suche nach einem Programm</u> Die CDU hat es schwer Von Franz Wehrmann	82
5	<u>Verständigung zwischen Afrika und Europa</u> Viele Mißverständnisse stehen noch im Wege Von S.N. Ocaqa, Außenminister von Uganda	50

* * *

Am ersten Etappenziel der Großen Koalition

Gedanken zur Verabschiedung des Bundeshaushalts 1967

Von Joachim Raffert, MdB

Auch die Große Koalition in Bonn hat die Hürde des Bundeshaushalts 1967 nicht in einem einzigen Sprung nehmen können. Ein kräftiger Anlauf und die Überwindung schwieriger Hindernisse sind der Verabschiedung des 77-Milliarden-Etats vorausgegangen. Mit dem Erlaß des Finanzplanungs- und Steueränderungsgesetzes und der Verkündung des Investitionshaushaltes mußten die Befingungen für die jetzt erfolgte Verabschiedung des ordentlichen und außerordentlichen Etats geschaffen werden. Nur so, und vor allem erst nach der Bereitschaft in allen Ministerien und bei beiden Koalitionsfraktionen, auch dort zu kürzen, wo bisher Tabus aufgerichtet waren, konnte das viele hundert Seiten starke Zahlenwerk vollendet werden.

Gewichte falsch verteilt

An fünf Sitzungstagen debattierte das Plenum in zweiter und dritter Lesung, teilweise bis kurz vor Mitternacht. Trotzdem waren die Haushaltsexperten nicht mit dem Zeitablauf zufrieden: Die Auseinandersetzung über Zahlen und harte finanz- und wirtschaftspolitische Fakten trat in den Hintergrund gegenüber der Deutschland- und Außenpolitik. Die Antwort auf den Stoph-Brief, der Verlauf der Nahost-Krise warfen ihre Schatten über weite Strecken der Debatte. Hinzu kam, daß die Opposition ihre Schwäche in der Zahl durch ein Vielfaches an Redezeit wettzumachen suchte. So erscheinen beim Rückblick die Gewichte an vielen Stellen falsch verteilt: Weniger als zehn Minuten wurde über so wichtige Einzelhaushalte wie Verkehr oder Gesamtdeutsches gesprochen. Stundenlang zog sich dagegen allein die FDP-Angriffsrede gegen den Bundesinnenminister hin.

Dennoch sind der Haushaltsdebatte positive Hinweise auf das Funktionieren der parlamentarischen Prozedur auch, ja gerade, unter der Großen Koalition zu entnehmen. In deutlichen Nuancen unterschieden sich nicht nur die Reden der Fraktionsvorsitzenden Barzel und Schmidt voneinander und von den Darlegungen der Regierungsmitglieder. Nicht selten stimmten wechselnde Mehrheiten für oder gegen Regierungsvorlagen oder Initiativen einzelner Fraktionen oder Abgeordneter.

Der entscheidendste Unterschied, den der Haushaltsplan gegenüber der ersten Lesung aufweist, sind 200 Millionen Mark mehr zur finanziellen Sicherheit der Sozialversicherung. Die große von Schellenberg, Rohde und Möller geführte Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter, die diesen Vorstoß unternahm, wurde von ihrer Fraktion, von der Opposition und von einigen CDU/CSU-Parlamentariern unterstützt. Hier zeigte sich, wo und von wem immer es bestritten werden mag, daß die Sozialpolitik in den kommenden Monaten ein wichtiges Prüffeld für die Koalition sein wird.

Das Ziel der ersten Etappe ist erreicht worden. Die kommenden Teilstrecken bis zur völligen Gesundung der Finanzen der Öffentlichen Hand und der Wirtschaft werden nicht leichter, womöglich noch schwie-

riger sein. Zu erfahren war - wie Kiesinger wiederum bestätigen mußte - die Situation, in die die letzte Regierung Erhards die Bundesrepublik gebracht hatte.

Die Ankündigung des Bundesfinanzministers auf Steuererhöhungen und noch drastischere Ausgabenkürzungen für 1968 und die folgenden Jahre müssen ernst genommen werden. Allerdings ist ihre Wiedergabe unter dem Motto "auch die Renten werden besteuert" mehr dazu geeignet, unnötige Beunruhigung bei gewiß nicht Betroffenen auszulösen als klarzumachen, was Strauß in diesem Bundestag wird durchsetzen können.

Konjunkturbelebung

Der Haushalt 1967 steht im Zeichen der Konjunkturbelebung. Das hat seinen Inhalt und seine Ziele von vornherein bestimmt. Der Haushalt 1968 wird diese Tendenz fortsetzen, aber die soziale Komponente noch stärker beachten müssen.

+ + +

Das Gespräch bleibt auf der Tagesordnung

Zum Briefwechsel Kiesinger-Stopa

sp - Der Brief von Bundeskanzler Kiesinger an Ministerpräsident Stopa hat, wie zu erwarten war, zunächst eine recht negative Reaktion ausgelöst. Es gibt allerdings Nuancen in den publizistischen Stellungnahmen der Ostberliner Presse. Sogar Ulbricht hat vorsichtig angedeutet, daß man mit der Fortsetzung des Briefwechsels oder sogar mit der Aufnahme eines Gesprächs rechnen könne. Wer mehr erwartet hat, muß wohl nicht bemerkt haben, wie schon seit langem in Ostberlin versucht wird, der Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands klarzumachen, warum man noch nicht sachliche Gespräche über Möglichkeiten zur Verbesserung des Schicksals der Menschen in beiden Teilen Deutschlands führt. Das begann mit den fadenscheinigen Begründungen bei der Ablehnung einer öffentlichen Konfrontation zwischen der SPD und der kommunistischen SED in Leipzig und Hannover und wurde über mehrere Stationen fortgesetzt bis zum heutigen Tage.

Es ist nicht sicher, ob diese von der Regierung in Ostberlin eingenommene Haltung das Ergebnis wechselnder Mehrheiten im Zentralkomitee der SED ist; gelegentlich wird das behauptet. Aber unabhängig davon ist die Bundesregierung entschlossen, ihren einmal begonnenen Weg zur Entkrampfung des innerdeutschen Verhältnisses fortzusetzen. Auch in Mitteldeutschland sind die Bastionen des Kalten Krieges nicht von einem zum anderen Tage zu beseitigen. Man wird in Bonn mit unerschütterlicher Ruhe, mit einem Höchstmaß an Sachlichkeit und mit Überzeugungskraft immer wieder darzulegen haben, daß die Bundesrepublik nichts und niemanden zu "annektieren" gedenkt und daß sie das Gespräch mit den Regierenden im anderen Teil Deutschlands nicht etwa sucht, um jemanden zu übervorteilen, sondern weil sie der Überzeugung ist, daß die innerdeutsche Entkrampfung ein Teil der Sicherung des Friedens in Europa ist. Wir wissen, daß dies keine leichte Aufgabe ist.

+ + +

Immer noch auf der Suche nach einem Programm

Die CDU hat es schwer

Von Franz Wehrmann

Seit Jahr und Tag bemüht sich die CDU um die Formulierung eines neuen Parteiprogramms, das verbindlich für alle Gruppierungen ist, die innerhalb der Partei das politische Leben bestimmen. Das ist ein schwieriges Unterfangen, weil heterogene Kräfte in der Partei die gegensätzlichsten Standpunkte vertreten. Nachdem der damalige CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Adenauer das ihm überholt erscheinende Ahlener Programm in schlichter Einfachheit als Täuschungsprogramm auch offiziell außer Kurs gesetzt hatte, steuerte die CDU programmlos ihren Kurs. Das ging auch solange einigermaßen gut, solange die Partei mit dem Wind segeln konnte. Kritisch wurde und wird die Lage, wenn Entscheidungen über Kursänderungen getroffen werden müssen und kein verbindlicher Kompaß für die Richtungsänderung vorhanden ist. Dann gerät jede politische Bewegung in die Gefahr, den stärksten Gruppeninteressen zu unterliegen. Der Stärkste muß nicht identisch mit der zahlenmäßig größten Gruppe in der Partei sein.

Zwar wurden auf verschiedenen CDU-Parteitag, sowie auf Sonderveranstaltungen der Partei gewisse Richtlinien verkündet, die den Stempel des jeweiligen Verfassers und seiner ihn tragenden Gruppierung trug; diese Leitsätze waren jedoch niemals parteiverbindlich. Im Gegenteil, um ihre Durchsetzung entspann sich hinter, aber auch auf offener Bühne, ein heftiger Kompetenzstreit. So kam es, daß der jeweilig antierende Parteivorsitzende und Bundeskanzler durch seine Richtlinienkompetenz und durch seine Autorität, die ihm kraft seiner Ämter zugewachsen waren, die augenblickliche Politik bestimmte. Daß dieses programmlose und nur nach persönlichen oder Gruppenwünschen taktierende Verhalten für eine politische Verantwortung tragende Partei völlig ungenügend ist, das haben die Repräsentanten der CDU immer als Mangel empfunden und auch offen ausgesprochen.

Der CDU-Parteitag, der kürzlich in Braunschweig tagte und von dem sich viele Mitglieder dieser Partei eine Klärung versprochen, hat nicht die erhofften Entscheidungen erbracht. Es ist nicht einmal der Versuch unternommen worden, zu einer Vorklärung zu kommen. Alle Redner waren im Gegenteil eifrig bemüht, sich um diese Fragen herumzureden.

Der Braunschweiger Parteitag vertraute weiterhin auf eine bisher bewährte Parteistrategie: Er baute auf das Image des neuen Bundeskanzlers, der auch als Parteivorsitzender, so hofft man, über die nötige Autorität verfügen wird, um auseinanderstrebende Teile der Partei an der Kandare zu halten. Adenauer überlebte seinen Rücktritt von der politischen Bühne kaum, denn es war nicht nur das Alter, das ihn um seine Ämter brachte. Mit ihm ging eine Zeit

der Restauration zu Ende. Ähnliches kann von Erhard gesagt werden. Er versuchte dort anzuknüpfen, wo Adenauer aufgehört hatte: Erhards Brain-Trust, den er sich neben der Partei im Kanzleramt aufgebaut hatte, wollte eine alte Politik programmatisch formulieren. Vergebens! Belächelt von Leuten aus den eigenen Reihen, verrissen die Experten, oder - wenn man will - die Auguren der um Macht und Einfluß kämpfenden Männer, die Programmansätze der "formierten Gesellschaft". Erhard gelang es nicht, auf ein programmatisches Postament zu steigen. Er hinterließ eine programmatische und politische Leere.

Seit Jahr und Tag bemühte sich Familienminister und Generalsekretär Heck, in seiner Duplizität als Minister und führender Parteifunktionär um ein Parteiprogramm. Zwar soll der Entwurf schon aus dem embryonalen Zustand herausgewachsen sein, aber die Auseinandersetzungen unter den Gruppeninteressenten der CDU sind noch nicht ausgestanden. Es wird also noch einiges Wasser den Rhein herunterfließen, ehe der Vorentwurf soweit gediehen ist, daß er als Diskussionsgrundlage der Partei vorgelegt werden kann.

Erbitterte Gegensätze bestehen vor allem zwischen dem "Wirtschaftsrat der CDU", der zwar kein offizielles Parteigremium ist, der aber Einfluß genug hat, um seine wirtschaftlichen Vorstellungen der Fraktion und der Partei aufzuprägen und den "Sozialausschüssen" der CDU unter Minister Katzer.

Erst dieser Tage wurde angekündigt (ECHO DER ZEIT vom 18. Juni 1967), daß die Sozialausschüsse einen "Großangriff auf das C" durch eine "Offenburger Erklärung" neue Akzente in der Sozial- und Wirtschaftspolitik zu setzen gedenken. Wie allerdings die divergierenden programmatischen Sätze mit dem "Wirtschaftsrat der CDU", dem Mittelstandskreis und anderen Gruppierungen unter einen Hut gebracht werden können, bleibt das große Geheimnis dieser Partei.

Vorläufig muß man sich mit dem Image des neuen Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers Kiesinger begnügen, von dem man hofft, daß seine Autorität ausreicht, die Gegensätze in der Partei zu überbrücken und darüber hinaus einen verbindlichen Parteikurs zu formulieren. Das ist in einer Zeit, da der Wind uns ins Gesicht bläst, eine äußerst delikate und anstrengende Angelegenheit. Ein fehlendes Parteiprogramm wird durch diese Taktik nicht ersetzt, zumal auch alle Versuche, die CDU zu einer Mitgliederpartei zu machen, im Ansatz steckengeblieben sind.

Wie zu hören ist, will man sich bei der CDU zunächst noch mit einem "Aktionsprogramm" begnügen. Ein solches Programm muß nach Lage der Dinge jedoch auf die Person des Parteivorsitzenden und Bundeskanzlers abgestimmt bleiben; es ersetzt keinesfalls ein Grundsatzerprogramm.

Verständigung zwischen Afrika und Europa

Viele Mißverständnisse stehen noch im Wege

Von S.N. Odaka, Außenminister von Uganda

Das Hauptproblem der Verständigung zwischen Afrika und Europa liegt darin, daß die Menschen, die in diesen Gebieten leben, völlig andere Gefühle, Kulturen, einen anderen Hintergrund, andere Lebensgewohnheiten und verschiedene Glauben haben. Diese Unterschiede zwischen Afrika und Europa führen zu Schwierigkeiten in der Verständigung. Der afrikanische Besucher erleidet in Europa den gleichen kulturellen Schock und begegnet der gleichen Verwirrung wie der Europäer in Afrika. Es wird lange dauern, bis dieser kulturelle Unterschied überbrückt ist, so daß die Völker die bestehenden Realitäten und abweichenden Interessen verstehen. An der Überbrückung können im wesentlichen mithelfen: Forschung und Studium, kultureller Austausch, Seminare und Zusammenkünfte, ernsthafte Publikationen, Touristik, Austausch von Stipendiaten und die aufklärende Anwendung von Massenmedien.

Für uns, die jungen Nationen in Afrika, ergibt sich gegenwärtig das Problem, die Gegebenheiten des heutigen Afrika den Menschen in Europa verständlich zu machen. Das Problem wird noch kompliziert durch einzelne Journalisten in Afrika, die den Bestrebungen des unabhängigen Afrika nicht gerade sympathisch gegenüberstehen und auf Nachrichten aus sind, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen: daß die Afrikaner unfähig seien, sich selbst zu verwalten. Wenn beide Seiten Nutzen aus der Lage ziehen wollen, ist es wichtig zu erkennen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen echte Aufmerksamkeit und Sympathie in Europa finden müssen. Es ist ein ehrliches Eingeständnis, wenn ich sage, daß den afrikanischen Regierungen häufig weder die Erfahrungen noch die Mittel zur Verfügung stehen, um Nachrichten in Europa zu verbreiten in der gleichen Weise, wie das europäische Regierungen mit Informationen in Afrika tun. Aber wenn diese Disproportionen auch bestehen, so können wir doch nicht gutheißen, daß europäische Nachrichtennittel einen Freibrief dafür besitzen, alles über Afrika einseitig zu berichten.

Abgesehen von den spärlichen, uns zur Verfügung stehenden Mitteln, dem Mangel an starken Sendern, die auf Europa ausgerichtet werden können und dem Fehlen von gutausgebildeten afrikanischen Journalisten, verfügt Afrika noch nicht über einheimische Presseorgane. Weiter fehlt uns die Erfahrung, die Herzen europäischer Presseleute zu gewinnen. Unsere Bitte an die europäischen Nachrichtennittel ist: auf lange Sicht wird es sich für Europa bezahlt machen, Tatsachen über Afrika zu berichten und Abstand von billigen Sensationen zu nehmen. Afrika hat gleich Europa seine eigenen Interessen zu schützen. Wir wünschen die Zusammenarbeit zwischen den Menschen verschiedener Kulturen. Lassen Sie uns einer Meinung darüber sein, daß wir bestimmte Interessen gemeinsam haben, die die Teilung der Welt in Herrscher und Beherrschte ausschließt. - Europäische Verleger würde ich bitten, die Entwicklung und Ausbildung afrikanischer Journalisten durch eine Anstellung in europäischen Verlagshäusern zu fördern, so daß Nachrichten aus Afrika von Kennern gesammelt und vermittelt werden können. Europäischen Journalisten würde ich empfehlen, eingehende Studien und Forschungen zu betreiben, bevor sie nach Afrika kommen und dieses Studium nach der Ankunft in Afrika fortzusetzen, damit ihre Berichterstattung objektiv und ausgeglichen ist.